

der Berliner Erklärung von 1970 und der Prager Deklaration vom Januar 1972 hervorgehoben, die von den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zur Förderung des Friedens, der Zusammenarbeit und der Sicherheit sowie der baldigen Einberufung der gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz angenommen wurden. Beide Seiten sind der Auffassung, daß die europäischen Staaten ihre Anstrengungen verstärken sollten, damit die multilaterale Vorbereitung der Sicherheitskonferenz in Helsinki unverzüglich beginnen kann. Die Schaffung eines Systems der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wird zweifellos einen positiven Einfluß auf das gesamte internationale Leben haben und zur Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen allen Völkern der Welt beitragen.

Die beiden Delegationen bekundeten ihre Überzeugung, daß das Inkrafttreten der Verträge zwischen der UdSSR und der BRD sowie zwischen der Volksrepublik Polen und der BRD sowohl den Interessen der Vertragspartner als auch der anderen europäischen Staaten entspricht und die Entspannung, den Frieden und die Sicherheit fördert.

Die Gesprächspartner unterstrichen den positiven Beitrag des Vierseitigen Abkommens über Westberlin vom 3. September 1971 zur Verbesserung des politischen Klimas in Europa. Die rumänische Seite hob hervor, daß das zwischen der DDR und der BRD abgeschlossene Abkommen über den Transitverkehr sowie die Vereinbarungen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und dem Senat von Westberlin wichtige Beiträge zur Entspannung in Europa sind.

Beide Seiten brachten ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß im Interesse der Entspannung, der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa die Herstellung gleichberechtigter normaler Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland auf völkerrechtlicher Grundlage unerlässlich ist.

Die Delegationen sind der Auffassung, daß die Aufnahme der DDR wie auch der BRD in die UNO zur Verwirklichung des Universalitätsprinzips der Weltorganisation beitragen und deren Wirksamkeit erhöhen würden. In diesem Geist tritt die Sozialistische Republik Rumänien entschieden gegen die Politik und Praktiken der Diskriminierung der DDR in internationalen Organisationen und für ihre Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen ein. Sie spricht sich für die sofortige Aufnahme der Deutschen Demokratischen Republik in die Weltgesundheitsorganisation und für die gleichberechtigte Teilnahme der DDR an der Umweltschutzkonferenz in Stockholm aus.

Die Partei- und Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Re-